

## KOMMUNIKATION IM VORFELD DER EEG-NOVELLE

Briefwechsel der DGS Sektion Kassel mit MdB Ulrike Gottschalck

Die DGS Sektion Kassel hat im Vorfeld der Diskussion bezüglich der Förderung von unkonventionellem Erdgas mittels der umstrittenen Fracking-Methode einen Brief an Ulrike Gottschalck, Bundestagsabgeordnete der SPD für den Wahlkreis Kassel verfasst. Dieser Brief wurde offensichtlich nicht nur gelesen. Dies verdeutlicht die ausführliche Antwort von Frau Gottschalck und ihr Abstimmungsverhalten im Bundestag (Enthaltung).

### Email vom 24.06.2014

Guten Tag Frau Gottschalck,

gern möchte ich Ihnen im Namen der DGS/ASK/Sektion Kassel den Aufruf des Solarenergie-Fördervereins Aachen zu senden, der sich voll mit unserer Auffassung deckt. Wir würden uns sehr freuen, wenn Sie im Sinne unserer Kinder und Kindeskinde gegen das Vorhaben Ihres Wirtschaftsministers stimmen würden.

Mit sonnigem Gruß  
Heino Kirchhof

... Die internationalen Klimakonferenzen haben versagt. Mit der jetzt im Bundestag anstehenden „EEG-Reform“ wird der Ausbau der Erneuerbaren Energien ausgebremst. Damit gibt Deutschland seine Trumpfkarte gegen den Klimawandel aus der Hand.

Wenn die Bundesregierung eine Einsparung an Stromkosten als Begründung nennt, verengt sie den Blick auf eine vergleichsweise Nebensächlichkeit. Die Stromkosten sind mit Verlaub „Peanuts“ im Vergleich zu den Schäden des Klimawandels ...

Entscheidend ist jedoch nicht der steigende Einkaufspreis für das Brennmaterial, sondern entscheidend sind die unermesslichen Schäden, die die weitere Nutzung der fossilen Energien weltweit anrichten,

und die auch nicht durch eine spätere politische Um-Entscheidung rückgängig gemacht werden können.

Deshalb unser Appell an alle Abgeordneten des Deutschen Bundestages: Stimmen Sie gegen die EEG 2014-Novelle!

### Antwort vom 27.06.2014

Sehr geehrter Herr Kirchoff,

ich teile Ihre Einschätzung zum zunehmenden Klimawandel. Auch auf EU-Ebene muss der Ausbau der Erneuerbaren Energien vorangetrieben werden. Wir setzen uns daher für ein rechtsverbindliches EU-Klimaziel von EU-intern mindestens 40 Prozent bis 2030 im Rahmen einer Zieltrias aus Treibhausgasreduktion, Ausbau der Erneuerbaren Energien und Energieeffizienz ein. Ihre Einschätzung, dass wir die Erneuerbaren ausbremsen, teil ich nicht. Die im Koalitionsvertrag vereinbarten ehrgeizigen Ausbauziele für die Erneuerbaren Energien – auf einen Anteil von 40 bis 45 Prozent im Jahre 2025 und von 55 bis 60 Prozent im Jahr 2035 – sollen unter Einbindung aller relevanten Beteiligten in Deutschland erreicht werden bei gleichzeitiger Begrenzung der Kosten...

*Persönliche Erklärung der Abgeordneten Ulrike Gottschalck zur Abstimmung über (Gesetz zur grundlegenden Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes...) gemäß § 31 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages am 27. Juni 2014.*

*Bei der Abstimmung zur Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) enthalte ich mich, da ich den Gesetzesentwurf insbesondere bei dem Punkt Eigenverbrauch kritisch sehe.*

*Eine Umlage auf den Eigenverbrauch kann zwar sowohl aus Gründen der Finanzierungsgerechtigkeit als auch der Systemoptimierung sinnvoll sein. In Ausgestaltung des Gesamtrahmens darf sie allerdings nicht den Solarenergieausbau behindern. Weitgehend unberücksichtigt*

*blieb in den vergangenen eineinhalb Jahren, dass der Photovoltaik-Ausbau zunehmend auf den versteckten Vorteilen des Eigenverbrauchs beruhte, hingegen die Vergütungssätze des EEGs schon längst unter den Stromerzeugungskosten liegen (Unterförderung). Folglich müsste zeitgleich mit der Einführung einer Eigenverbrauchsumlage eine Anpassung der Systematik des sogenannten atmenden Deckels erfolgen, der bislang zu spät auf ein Absinken des Zubaus unter die gesetzten Zielwerte reagiert. Der nun vorgesehene Ausgleich übersieht die strukturellen Defizite des atmenden Deckels und gleicht die skizzierte Unterförderung nicht hinreichend aus. Ich teile die Auffassung des Bundeswirtschaftsministers, dass die Summe der Einzelinteressen nicht dem Gemeinwohl dient, gleichwohl sehe ich in der Gesamtschau die Photovoltaik-Unternehmen benachteiligt. Dankbar bin ich unseren Fachpolitikerinnen- und Politikern, dass sie wieder eine Bagatelgrenze von 10 Kilowatt in den Gesetzentwurf verhandelt haben, denn der Wegfall hätte die Lage weiter verschärft.*

Ulrike Gottschalck  
Berlin, den 26.06.2014“

Die komplette Antwort von Ulrike Gottschalck zur EEG-Reform können Sie hier herunterladen:

☞ [http://dgs.de/fileadmin/download/140627\\_Email\\_H\\_Kirchhof\\_Klima\\_und\\_Energiepolitik\\_EEG\\_.pdf](http://dgs.de/fileadmin/download/140627_Email_H_Kirchhof_Klima_und_Energiepolitik_EEG_.pdf)

Zudem gibt es eine Pressemitteilung von Ulrike Gottschalck MdB, gemeinsam mit Brigitte Hofmeyer MdL und Timon Gremmels MdL zum Thema Fracking (siehe letzte SONNENENERGIE), diese können Sie hier herunterladen:

☞ [http://dgs.de/fileadmin/download/140626\\_PM\\_Gottschalck\\_Hofmeyer\\_Gremmels\\_Fracking\\_NEIN\\_DANKE\\_final.pdf](http://dgs.de/fileadmin/download/140626_PM_Gottschalck_Hofmeyer_Gremmels_Fracking_NEIN_DANKE_final.pdf)